

Wine preisgegeben war, entfiel man sich zur raschen Landung, die bereits um 1/2 Uhr (am 1. d. d. m.) in die Höhe des Bahnhofs von Lommersdorf erfolgte. Die Beschlüsse des Schiffs bei der Landung waren verhältnismäßig geringfügig und waren, wenn das Schiff in diesem Zustande hätte zurücktransportieren können, leicht auszubessern gewesen. Der immer mehr zunehmende Wind warf das Schiff jedoch nach der Festlegung so lange hin und her, bis es am anderen Morgen vollständig unbrauchbar geworden war. Nach Entleerung des Tragegutes wurde es in Stücke zerlegt und per Bahn nach Wanzell zurücktransportiert. Das Graf Zeppelin nach diesem fähigen Ende des schönen Schiffs nicht den Wert verlor und den Glauben an die praktische Ausfühbarkeit seiner Ideen aufgab, im Gegenteil sofort daran ging, das Zerstückelte wieder aufzubauen und an Stelle des verloren gegangenen ein neues und besseres Schiff entstehen zu lassen, zeugt von einer geistigen Flexibilität und einer frühen Energie, die, wenn man noch das vorgeschriebene Alter des Grafen in Rechnung zieht, bewundernswert erscheint.

Aufruf!

In den letzten 24 Stunden sind an die Redaktion der „Saalezeitung“ unausgeseht aus allen Teilen der Bevölkerung unserer Stadt und der näheren und weiteren Umgebung so viele Anfragen erfolgt nach dem Schicksal Zeppelins und sozial Verhältnisse eingegangen über die Zukunft seiner Ballonfahrten, daß es uns fast nicht möglich war, allen Ansprüchen gerecht zu werden. Nächstlich wie an Entscheidungstagen der Wahlen zum Reichs- oder Landtage war das Interesse aller aufs äußerste angepannt. Und als dann die Kunde von dem Unglück Zeppelins kam, war auch das Mitgefühl so allgemein und so eifrig in allen Herzen, wie wohl kaum vor bei einem erschütternden Ereignis. Bald brachte der Druck die frohe Zeitung, daß Zeppelin unversehrt ist und aufs neue ans Werk geht, uns endlich die Lust zu erobern, da war in der ganzen Bevölkerung, bei hoch und niedrig, bei jung und alt, nur eine Stimme: Man muß ihm helfen! Das deutsche Volk fühlt wohl, daß es mit dem Jubel allein und mit dem Mitfühlen nachher nicht getan ist. Jetzt heißt es mit Helfen, mit der Tat beweisen, daß wir diesen Mann auch verdienen, daß wir sein kühnes Wagnis zu würdigen wissen. Was aus allen deutschen Städten in Nord und Süd, am Belt und am Rhein die frohe Kunde kommt, ist man sich seiner Pflicht gegenüber der deutschen Ehre, die heute mit Zeppelins Werk auf dem Spiele steht, gar wohl bewußt. Aufgeführt sind die am fernsten allen öffentlichen Dingen stehen, und alle fordern allerorten, daß zuerst das Reich jetzt hinter den Reiterzeig von Bosensee tritt.

Das Reich hat gesprochen. Es hat mit einer Raschheit, die ohne Beispiel ist, dem Grafen Zeppelin gestern zunächst eine halbe Million als erste Rate auszahlen lassen. Aber das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat auch gesprochen. Wie eine einzige Stimme geht der Ruf durch alle deutschen Gauen, der Aufruf, für Zeppelin eine Nationalspende zu sammeln. Die Bürger in den Städten überall treten zu Komitees zusammen und steuern einzeln, jeder nach seinen Kräften, Summe auf Summe. Da sollte unsere Stadt hinteranzutreten, in der die Wissenschaft, die Technik von jeder ihre Heimstatt hatte! Eine der ersten in der Reihe ist sie immer gewesen, wo es galt zu helfen am Menschenwohl, und soll es auch heute sein.

Der alte, gute Ruf von Halle und seinen Bürgern hat sich neu bewährt. Eine hiesige industrielle Firma wies dem Grafen Zeppelin sofort telegraphisch die Summe von 500 Mark an; auf unserer Redaktion liefen schriftlich und persönlich von den Gebern geboten, die Nennungen vieler beträchtlicher Summen ein und von allen Seiten klang uns die verlegene Frage entgegen: Wo sollen wir unsere Scherlein absetzen? Die hiesigen Bankfirmen beschloßen darauf einstimmig, sofort eine Sammlung zu Gunsten Zeppelins zu veranstalten und zu diesem Zwecke einen allgemeinen Aufruf zu erlassen; sämtliche Bankfirmen legen Listen aus. Aber noch stehen viele außerhalb, die gewiß gern geben wollen.

An diese Freunde Zeppelins alle in unserer Stadt richten wir hiermit auch unsererseits den Aufruf, der nun seiner Worte weiter bedarf, sie mögen sich zusammen, ein Komitee bilden, das die Sammlungen und Beförderung der Gelder für die deutsche Nationalspende an Zeppelin übernimmt und alle herbeiführt, die das ihre dazu tun wollen. Ob viel oder wenig, und sei's nur ein Scherlein klein, ein jeder Geber hat damit teil an der Ehre, die seinem großen Sohne Zeppelin zu gewahren, Pflicht und Recht dem deutschen Volk gebietet, dem Grafen Zeppelin, der den Wahlspruch: Deutschland voran! in die Lüste trug.

„Die Saalezeitung“.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

— Die Verlobung der jüngsten Tochter des Fürsten Philipp von Eulenburg, Gräfin Viktorja, mit dem Grafen Alfred zu Dohna hat, wie uns unser Berliner Korrespondent schreibt — dort

in der Gesellschaft großes Aufsehen erregt und man bewundert den Bäutigam, daß er in diesen für die Familie der Braut so kritischen Tagen seines Herzens Neigung nicht folgte. (Graf Alfred zu Dohna ist der älteste Sohn und Nebenbursche des Grafen Alfred zu Dohna auf Mallwitz in Schlesien, der zu der Linie Dohna-Schlodien gehört, während der Fürst Richard Dohna, der gelegentlich seines am den Fürsten Eulenburg gerichteten Briefes neuerdings viel genannt wurde, der Linie Dohna-Schlodien angehört. Die Linien sind schon seit langer Zeit getrennt. Die Braut des Grafen Alfred hat ein viel älteres Alter, da er, eben 20 Jahre alt, die im 4 Jahre ältere geschiedene Gräfin Hedwig-Kristine, eine geborene v. Sagen, heiratete, die im Alter von 17 Jahren mit dem Grafen Adolf v. Gehlig und Trüffelher auf Nieder-Bomsdorf verheiratet war und 7 Jahre mit ihm in hinförliger Ehe gelebt hatte. Ihre jetzige Ehe ist mit 8 Kindern gesegnet. Graf Hedwig heiratete wenige Jahre nach der Scheidung eine jüngere Schwester seiner geschiedenen Frau.)

— Zum Regierungspräsidenten in Osnabrück ist Oberpräsident v. Liebermann-Dansig ausersehen.

Die Befolgung der technischen Privatbeamten.

Die pessimistische Lage der technischen Privatangestellten wird vielfach übersehen. Im Mai 1907 hatte das Bureau für Sozialpolitik mit Unterstützung des Bundes der technischen Industriellen Beamten unter den technischen Privatbeamten Berlins eine Umfrage veranstaltet, deren Beantwortung durch Dr. Reinhold Jaekel jetzt vorliegt (Gustav Fischer, Jena). Danach belief sich das Durchschnittseinkommen der Berliner technischen Beamten im Jahre 1906 auf 2228,20 Mk., und zwar betrug es für die Beamten ohne Hochschulbildung 2091,20 Mk. für die Beamten mit Hochschulbildung 2630,20 Mk. Das niedrigste Einkommen war 480, das höchste 16.400, das nächsthöchste 10.800 Mk. Mehr als die Hälfte der Privatbeamten blieb unter 2000 Mk. und mehr als 80 v. H. unter 3000 Mk. Steigert man die Beamten nach dem Abschluß ihrer Hochschulbildung, so erhöht man das unerwartete Ergebnis, daß nur 24,52 Proz. der Beamten mit abgeschlossener Hochschulbildung über 3000 Mk. Einkommen hatten, dagegen 37,75 Proz. der Beamten ohne Hochschulbildung. Aus den genannten Gehaltsverhältnissen geht Dr. Jaekel den Schluß, daß der technische Privatbeamte nur sozial Lohn erhält, um für sich selbst, nicht aber auch für die kommende Generation sorgen zu können.

Die direkte Reichsteuer.

Die „Deutsche Tageszeitung“ läßt an dem Passus in Ballermanns Neulader Rede, der von der Finanzreform handelte, abfällige Kritik der Parteien der Rechten, meint, sie müßten sich deshalb der Einführung direkter Reichsteuern widersetzen, weil sie sonst ihren Grundgedanken ihrer Regierbarkeit ins Gesicht schlagen. Dann schreibt sie weiter:

„Es muß ferner dem genannten nationalliberalen Führer bekannt geworden sein, daß der Bundesrat in seiner überwiegenden Mehrheit gegen die direkten Reichsteuern ist und daß auf der Konferenz, die neuerdings stattgefunden hat, die direkten Reichsteuern aus den Finanzreformplänen ausdrücklich ausgeschlossen worden sind.“

Die „Nat. Corr.“ entgegnet dem agrarischen Blatt: Wir wissen nicht, welche Konferenz, die neuerdings stattgefunden hat, die „Deutsche Tageszeitung“ im Auge hat. Nur das glauben wir mit Bestimmtheit zu wissen, daß man im Reichstag nicht als ganz selbstverständlich ansetzt, daß zur Deckung des neuen Bedarfs neben indirekten Steuern auch direkte von Reich wegen herangezogen werden müssen. Die ungenügende juristische Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“ dürfte somit also wohl als sogenannter Führer zu bewerten sein. Der Nationalökonom Korrespondenz, soweit die die Stimmung im Reichstag an dem betrieft, liefert die heutige Nummer der „Berl. Volkskorr.“, in der es u. a. heißt:

„Daß die Mehrzahl derer, denen das Reich zur dauernden Wiederherstellung des Gleichgewichts in seinem Haushalte unbedingt bedarf, nicht ausschließlich durch Verbrauchssteuern aufgebracht werden können, unterliegt keinem Zweifel. Weber lassen sich aus diesen Steuerquellen Einnahmen in der erforderlichen Höhe zurzeit gewinnen, noch wäre Aussicht vorhanden, im Reichstage eine Mehrheit für eine Reichsfinanzreform zu finden, welche nicht eine teilweise Aufhebung des Bedarfs durch eine besondere Bekämpfung der vermögenden Minderheit des Volkes vorsetzt. (Sehr richtig!) Auf der anderen Seite ist es ebenso sicher, daß zur Erfüllung dieser Voraussetzung für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform keine Mittel gewährt werden dürfen, durch welche die Bundesstaaten in ihrer Steuerhoheit beschränkt, oder dergleichen Steuerquellen berührt werden, deren sie zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in eigenen Haushalten bedürfen. Aus diesem Grunde ist insbesondere auch die Einführung einer Reichseinkommensteuer gänzlich ausgeschlossen.“

Christen und Juden im Offizierskorps.

Nur ein paar Wochen ging durch die Presse eine Notiz über einen Erlaß von höchster Stelle des Inhalts, daß bei der Offizierswahl keine Rücksicht auf die Religion zu nehmen sei auf die Konfession des Aspiranten. Diese Notiz ist von den Blättern verschiedener Parteirichtung in verschiedener Weise ausgebeutet worden, vielfach auch so, daß er nur auf Christen verschiedener Glaubens Bezug habe. Diese Deutung ist laut „Frei. Ztg.“ falsch! Gemeint ist, daß nicht bei der Auswahl der Offiziere Unterschiebe gemacht werden sollen zwischen Christen und Juden, sondern daß nur ausschlaggebend sein soll, ob die Aspiranten militärisch und nach ihren persönlichen Verhältnissen für das Offizierskorps qualifiziert sind. Der Erlaß bewegt sich also weitestgehend in der Richtung bürgerlicher Gleichberechtigung.

Zum Fall Schilling.

Herr Benda, zweiter Bürgermeister von Schleswig, hat an die „Schlesw. Nachr.“ eine Erklärung gerichtet, in der er die „bestimmtesten Form erklärt, daß er jederzeit eidl. erhalt werden werde, bis zu seiner Rückkehr vom Urlaub am 30. Juli d. Js. niemals mit einem Mitgliede der Regierung sich über Dr. Schilling und seine Kandidatur in Londern unterhalten, niemals einen Auftrag, direkt oder

indirekt, erhalten, niemals von einem Auftrage zu Dr. Schilling gesprochen und sich diesem gegenüber auch niemals den Anschein gegeben zu haben, im amtlichen Auftrage zu handeln.

Der Benda'schen Darstellung steht ebenfalls die ebenso bestimmte Erklärung Schillings gegenüber, daß er bei seinen Hauptungen verleihe und dafür eine Reihe von Tatsachen anführen könne. — Die vom Bundesrat Stabverordnetenkollegium an den Oberpräsidenten gerichtete Eingabe, die sehr entschieden für Schilling eintritt, ist vom Oberpräsidenten beim Reichsausschuß, der in dem Disziplinarausschusse gegen Schilling als erste Instanz zu entscheiden hat, zur Entscheidung übermitten worden. Der Herr Oberpräsident hat jedoch die Fassung der Eingabe als „nicht angemessen“ bezeichnet. Es ist allerdings schwer, über die Affäre in einem Lande zu reden, das der empfindlichen Ehre hoher Regierungsbeamter so sehr „angelegen“ liegt. — Von dem Bude Schillings sind, wie die „Frei. Ztg.“ mitteilt, 3000 Exemplare verkauft; 4000 weitere befinden sich im Druck.

Gegen eine Bankensammlsteuer.

wie sie von hiesigen Köpfen dem Reichsfinanzsekretär unterbreitet worden ist, wendet sich mit anerkennenswerter Entschiedenheit auch das führende Organ der Zentrumspartei, die „Germania“. Es war bereits worden, daß die Banken ungefähr 350 Milliarden Umsatz haben; erhebe man davon 10 Proz. Umschlagsteuer, so ergäbe das 700 Millionen eine Summe, die genüge, um das Deutsche Reich finanziell stark und unabhängig zu machen. Hierzu schreibt die „Germania“:

Das Unglück ist nur, daß von den 350 Milliarden Umsatz der Banken nur ein verhältnismäßig geringer Teil in barem Gelde zum Umfah kommt, nicht nur Millionen, sondern Milliarden werden bekanntlich durch den Banken durch Briefwechsel oder einfache Buchungen u. s. w. umschlagen. Abgesehen hiervon aber wäre es doch schwerlich gerecht, wenn man den ganzen Betrag der neuen Steuer die Banken allein tragen lassen wollte. Von dieser eigenartigen Steueridee hat man nur noch wenig gehört, auch bei der Reichsbanknote ist, soweit bekannt ist, nicht davon die Rede gewesen. An und für sich ist die Idee der früher vorgeschlagenen Quittungssteuer sehr ähnlich, aber es würde jedenfalls recht schwierig sein, das Objekt in seiner ganzen Ausdehnung zu treffen. Die Banken werden sich dann wohl bitten, ihren Umsatz von beiden Seiten des Hauptbuches wie bisher bekannt zu geben und die Revision oder die Feststellung des zu verteuerten Gegenstandes würde auf große Schwierigkeiten stoßen.

Der Generalfreist der Pariser Sozialisten

hat ein völliges Fiasko erlebt. Darüber ist sich auch die Sozialdemokratie selbst nicht im Zweifel. Interessant ist es, daß die deutsche sozialdemokratische Presse das offen jagt, ja nicht nur das, sondern daß sie den Generalfreist sogar mißbilligt. So schreibt der „Vorwärts“:

„Alles in allem wird man also von einem Mißerfolg sprechen müssen. Die Espionistiken strenger Überwachung freilich werden das Wort nicht haben wollen. Denn da die jeglichen Generalfreist als ein Gut an sich betrachtet, gibt es für sie keinen Verlorenen, und sie können so immer mit sich hochzufrieden sein. Sozialisten aber, die nicht über Meinung sind und zwischen glücklichen und unglücklichen Streiks immerhin noch einen Unterschied machen, werden sich fragen, warum der heutige einen so beschränkten Umfang eingehalten und bei den Arbeiterorganisationen, die das Großkapital am stärksten beeinflussen, keine Unterdrückung gefunden hat. Der Hinweis auf die reichslose Unterdrückungspolitik der Regierung genügt da nicht. Auch anderswo ist die Staatsgewalt nicht milder und doch hat das Proletariat immer wieder den Demonstrationen nicht ins Wasser fallen lassen. Und möchte man nicht glauben, daß die revolutionäre Reaktion der Pariser Arbeiterpartei für manche Mängel der Organisation aufkommen sollte? Jetzt aber sehen wir, daß die granatene Niederlegung von Arbeitern, die Einleitung einer reichslosen Verlosungspolitik große Massen in Apasie oder Entschloffenheit verfallen läßt. ... Wird die neue Enttäuschung mehr als die früheren zur Selbstbestimmung in den aktiven Kampfformen der gewerkschaftlichen Organisationen beitragen? In den heutigen Versammlungen hat die anarchistische Wrie mit dem hohen O so einen Applaus bekommen, die mit der Wirtschaftstisch konträrte. Vielleicht muß die Rettung aus der Provinz kommen, aus den Bezirken der Großindustrie, wo der harte Kampf, der um jeden Fußbreit Bodens geführt werden muß, die Arbeiter nicht Zeit und Lust zu den Phantastereien läßt, die im Kleinbürgerlichen Milieu der Pariser Arbeit und in der saueren Atmosphäre der westfälischen Datsung häufig geübt.“

Parteinachrichten.

— Der hiesige Landtagsabgeordnete Paul Deidesheim wird die ihm von den Liberalen angetragene Reichstagskandidatur für die Ersatzwahl im ersten pfälzischen Wahlkreis Speyer-Rudwigshafen-Frauenthal annehmen. Der Bund der Landwirte wird voraussichtlich auch für diese Kandidatur eintreten. — Die Reichstagsersatzwahl ist auf den 15. September festgesetzt.

Allgemeine Mitteilungen.

— Auf Grund des neuen Volksschulunterrichtsgesetzes werden in Preußen gegenwärtig die Grundlagen für neue Fonds gelegt. Es sind die Fonds zur Verteilung der Kosten von Volksschulbauten, die von den Schulverwaltungen mit 25 und weniger Schülern zusammenfassen sind. Diese Fonds werden bei einer von der Schulverwaltungsbehörde bestimmten Kasse einzeln angelegt. Weis sind von den Aufsichtsbehörden die Kreisparzellen als Anlagelände vorgelesen.

Heer und Flotte.

— Die großen Herbstmanöver vor dem Kaiser, bei denen das 15. und 16. preußische Korps beteiligt sein werden, werden ungefähr in dem Gebirgsbezirk Saargemünd-Wehr-Saarburg abspielen. Das Hauptquartier ist noch nicht definitiv bestimmt. Es kommt dafür in Frage Metz oder Ullrich. Die beiden beteiligten Armeekorps tragen beide Feldbesätze.

Ausland.

Die Kaiserreise in Stockholm.

Aus Stockholm wird gemeldet: Die Abreise der Kaiserl. Majestät mit der „Hohenzollern“ erfolgte in aller Eile ohne Salut um 3 Uhr nachts. Ein schwedisches Torpedoboot, das die letzten Grüße gemeldet wurde. Der Kaiser wird gemeldet: Der König empfing heute in längerer Audienz den Staatssekretär v. Schoen, der sich nach seinem Unwohlsein wieder erholt hat. Staatssekretär v. Schoen hatte im Laufe des Tages auch eine längere Konferenz mit dem Staatsminister v. Kroell. Beim Diner an Bord der „Hohenzollern“ spielte die Schiffskapelle mehrere schwedische Volkslieder und Märche. Die schwedische Besatzung trug unter lebhaftem Beifall der Kaiserl. Majestät ein Bord des schwedischen Kriegsschiffs „John Wessafors“ einige Lieder vor. Das schwedische Geschwader, die Kaiserl. Majestät und der Kreuzer „Stettin“ waren illuminiert. Das Wetter ist schön. Der König wird in Mafestäten war außerordentlich herzlich.

Angewandte Unterredung des Kaisers mit dem russischen Botschafter.

Die Abendausgabe des „Vorwaja Wedomosti“ veröffentlicht aus angeblich authentischer Quelle eine Unterhaltung des Deutschen Kaisers mit dem russischen Botschafter Osten-Saden. Der Kaiser habe den Botschafter ermahnt, auf die fortgesetzte herausfordernde Haltung der russischen Presse sowie gewisser Kreise gegen Deutschland und sich einzuwirken, um eine Verständigung der herrlichen Beziehungen beider Länder zu vermitteln. Der Botschafter habe geantwortet, Rußland hege die freundlichsten Empfindungen gegen Deutschland und den deutschen Kaiser.

Attentat auf Sultan Abdul Samid?

Nachrichten aus Genf zufolge ist dort in Kreisen der jungtürkischen Partei ein Telegramm aus Konstantinopel eingetroffen, das von einem missglückten Mordanschlag gegen den Sultan berichtet. Montag Abend, so heißt es in der Meldung, drängte sich plötzlich hinter der Leichname des Sultans ein Mann, der den Koffen eines untergeordneten Beamten besaß, in die Privatgemächer des Sultans ein. Er rückte dicht auf Abdul Samid und führte einen Dolchstoß gegen die Brust des Sultans; dieser aber blieb, dank dem Panzerhemd, das er beidseitig trägt, unverletzt. Der Mann wurde von der Leichname sofort festgenommen. Offenbar war es zu der Tat gedungen worden; denn man fand, daß er sich zur Flucht vorbereitet hatte, und daß in seinem Gepäck eine große Summe Geldes versteckt war. Eine Befragung dieser Nachricht von anderer Seite ist noch nicht eingetroffen.

Attentat gegen den russischen Konsul in Tientsin.

Der russische Konsul in Tientsin, Sprot Poppe, wurde am 5. d. Mts. nachts im Orte überfallen und durch Messerstiche im Bauch schwer verletzt. Der Attentäter ist unbekannt.

Die Lage in Persien.

Wie uns ein Londoner Abendblatt aus Teheran meldet, tut die Regierung Schritte, um dem Anwachsen der Zahl der in die fremden Gesandtschaften Geflüchteten zu begegnen. Das Blatt erzählt ferner, daß die Reaktionsäre in den Schah drängen, den Belagerungszustand aufrecht zu erhalten. Die englische Gesandtschaft wird den Pflichten auftragen, die Geländehaft zu verlassen, wenn ihr Leben nicht mehr in Gefahr ist.

30. Deutscher Haus- und Grundbesitztag.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Königsberg i. Pr., 5. Aug. In der heutigen zweiten Hauptversammlung des 30. Deutschen Haus- und Grundbesitztages sprach an erster Stelle Stadtverordneter Merkle-Karlsruhe, B. als Korreferent zu dem Thema: der Heranziehung der Eigentümer sädtischer Wohnhäuser zu den Gewerbesteuer und anderen forlaufenden Ertrags- oder Vermögenssteuern an Staat oder Kommunen. Es folgte folgende Resolution des Referenten Dr. Wandis des Korreferenten Merkle zur Annahme:

„Der 30. Deutsche Hausbesitztag betrachtet den Verkauf der sädtlichen Wohngebäude nicht als eine geeignete Grundlage für die Bemessung der dem Eigentümer der Häuser aufzuerlegenden Steuern, namentlich weil die Besitzungsfähigkeit der Hauseigentümer als solcher im wesentlichen durch den Ertrag ihrer Häuser bestimmt wird, nicht aber durch den Verkaufsertrag ihrer Häuser, und weil überhaupt der Verkaufsertrag nicht mit einiger Sicherheit feststellbar ist. Wenn in einigen Staaten eine Vermögenssteuer erhoben wird, muß verlangt werden, daß auch in Bezug auf den sädtlichen Hausbesitz nur das nach Abzug der Schulden übrige bleibende Vermögen zur Grundlage der Besteuerung genommen wird. Der Verbandstag hält es für dringend wünschenswert, daß in allen deutschen Bundesstaaten, soweit es nicht schon geschehen ist, die Bemessung der Städte, die zu ihrem Gebiete gehörigen Wohnhäuser mit Steuern zu belegen, beschränkt wird.“

Zu der Frage des Pfandrechts des Vermieters in Zivil- und strafrechtlicher Beziehung stimmte der Verbandstag zunächst folgender Resolution des Justizrats Baumert-Expanau zu:

„Die auf Abzahlung gelaufenen bzw. die vom Mieter verfaßten Sachen dürfen nur dann dem Pfandrechte des Vermieters entzogen werden, wenn sie unentbehrlich oder in ein Register eingetragen sind.“

Ferner wurde folgender Antrag des Rechtsanwalts Dr. Stauch-Wünnigen angenommen:

„An die Reichsregierung bzw. das Reichsjustizamt ist das Erlauchen zu richten, gegenüber der mehr und mehr überhandnehmenden Mißständen durch die Abzahlungs-

geschäfte und durch die sogenannten Sicherungskäufe geeignete Maßnahmen zu treffen in der Weise, daß das Gesetz vom 11. Mai 1894 betr. die Abzahlungskäufe dahin abgeändert werden muß, daß der Verkäufer einer mit Eigentumsvorbehalt veräußerten Ware von dem Eigentumsvorbehalt dem Vermieter innerhalb einer Woche nach Einzug eines Mieters schriftlich Mitteilung zu machen, und daß eine Gefehesurkunde ausgearbeitet werden möge, durch welche die auf der Registerpublizität beruhende Mobiliarhypothek nach dem Muster der englischen und französischen Gefehesurkunde auch in Deutschland zur Einführung gelangt.“

Provinzial-Nachrichten.

Kampf zwischen Schulzeuten und Rindvds.

(Köthen, 5. August.) Ein schwerer Kampf hatten gestern Abend mehrere Schulzeute mit drei übel berückichtigten hiesigen „Arbeitsern“ zu bestehen. Zwei derselben hatten in einem Drehschiff einen Stod entwendet. Als ein Schulzeute den Dieb festnehmen wollte, warf dieser den Stod fort und suchte zu fliehen, wurde aber von dem Beamten festgehalten. Während dieser er sich zur Wehr, während sein Kumpan mit dem gestohlenen Stod auf den Beamten losging, ihm erhebliche Verletzungen an Kopf beibrachte und ihm den Helm zerstückte. Schließlich wurden alle drei zu Boden, wobei der Beamte zu unterst zu liegen kam und von hochspringenden Personen befreit werden mußte. Sofort gingen aber die Strohe wieder auf den Schulzeute los, auch noch ein Dritter leistete ihnen Beistand. Nun griff der Beamte zur Waffe und machte einen Angreifer durch Säbelhiebe über den Kopf kampfunfähig. Sechs Schulzeute hatten schließlich Mühe, die rasch todbenden Rindvds zu bändigen und abzuführen. Einer von ihnen mußte ins Krankenhaus gebracht werden, auch der Beamte ist dienstunfähig.

Erdrutsch.

Thale (Sarg), 6. August. Hier erstand bei einer Erdrückung ein Erdrutsch. Ein Arbeiter wurde getötet, einer schwer verletzt. Der Bauführer wurde verhaftet.

(Köthen, 5. Aug. (Kommunales.) Die heutige Gemeindevertretung beschloß sich bezüglich mit dem Projekt einer Entwässerungsanlage in der Kolonie an der Werkschulstraße. Die Herstellung des Kanals würde sich nach dem Kostenanschlag auf etwa 12 300 Mark belaufen. Sobald die Regierung die Genehmigung erteilt, sollen die Arbeiten vergeben werden. — Zur Beschaffung von Feuerlöschgeräten für die Kolonie Rosengarten wurden 120 Mark bewilligt. — Der von der Stadt Halle eingereichte Bebauungsplan soll in mancher Beziehung abgeändert werden; es wurde hierzu eine Kommission gewählt. Diese wird die Angelegenheit eingehend prüfen und alsdann ihre Vorschläge zur Abänderung des Planes der Gemeindevertretung zur Beratung und Beschlußfassung unterbreiten.

V Weienitz (Saalkreis), 5. Aug. (Feldbiebthätigkeit.) Die Feldbiebthätigkeit mehren sich hier wieder in beklagenswerter Weise. Namentlich haben es die Zanginger auf Futterartefakte abgesehen, so daß nächstgehörte Rüben- und Kartoffelfelder Besuche abgesehen werden. Gurtenselber sind gegenwärtig bevorzugt, indem ein Veffiger fast das ganze Ablesen erpariert bis.

* Zeitz, 5. Aug. (Kommunales.) Das Stadtverordnetenkollegium lehnte in seiner heutigen Sitzung die Einführung einer neuen Grundsteuerordnung nach dem gemeinen Werte mit 16 gegen die 3 sozialdemokratischen Stimmen ab und beschloß einstimmig die Errichtung einer besoldeten Magistratsstelle für einen Stadtbaurat und zweier Stellen für unbesoldete Stadträte. Der neue Stadtbaurat muß die Beschäftigung zum Regierungsbaumeister für das Hofbauamt haben.

— Altenburg, 5. Aug. (Wasserversorgung.) Die Einweihung des neuerbauten Museums im herzoglichen Schlossgarten findet am 24. Oktober statt. An diesem Tage erfolgt nach dem „N. N.“ auch die Wiedererrichtung der Sammlungen der naturforschenden Gesellschaft, die bis dahin infolge von Erneuerungsarbeiten gestillt sind.

— [] Reimertze, 5. Aug. (In verne verdächtige Schiff.) In Alten wurde am vorigen Donnerstag die Ladung eines von Hamburg kommenden Frachtschiffes als petterwidrig befunden. Auf diesem Schiffe war auch ein Leimertiger Schiff als Bootsmann beschäftigt, der sofort nach Befreiung der Ladung nach Leimertig abreiste. Auf Anordnung der Behörde wurde der betreffende Bootsmann dem Leimertiger Krankenhaus zur Beobachtung übergeben und seine Effekten einer gründlichen Desinfektion unterzogen. Ferner wurde seine Wohnung gänzlich kontramigiert. Der Schiff befindet sich jedoch hier wohl. Auch aus Hamburg und Alten find keine beunruhigenden Nachrichten eingetroffen.

[] Königsze, 5. Aug. (Stiftung eines Schützenvereinens.) Fabrikbesitzer Julius Paris hat aus Anlaß seines 60jährigen Jubiläums als aktiver Schütze der hiesigen Schützenkompanie eine Stiftung von 1000 Mk. gemacht. Der Jubilar, einer der ältesten Schützen Deutschlands, hat sich als Mitbegründer des Deutschen Schützenbundes um tiefen große Verdienste erworben.

— Mühlhausen, 5. Aug. (Fabrikbrand.) Die Treibremens-, Schlauch- und Pressschneidfabrik von August Reuschel & Co. in Schlötzhelm wurde in der vergangenen Nacht durch ein Schadenfeuer schwer heimgefallen.

() Köthen, 5. Aug. (Wißschlag in die Kirche.) — Diplomatprüfung.) Bei dem vorgestern Abend über der hiesigen Gegend niedergegangenen Gemitters schlug der Blitz in den Turm der Kirche zu Droja und löndete. Da Hilfe sehr schnell zur Stelle war, konnte das Feuer gelöscht werden, bevor es größeren Umfang annehmen konnte. Durch den Blitzschlag ist ein großer Teil der Bedachung heruntergerissen und das Balkengerüst zerstört worden. — Der am hiesigen Friedrich-Volkschulstiftung abgehaltenen Diplomhauptprüfung unterzogen sich 26 Herren, von denen 26 das Examen bestanden. Von den neuen Ungenieuren sind 16 Ausländer, und zwar zumeist Russen.

* Eifenau, 5. Aug. (Schwerer Unfall.) Gestern Abend rannte sich in einer tiefen Eifenbahn eine junger Mann namens Müller eine Eisenstange in den Unterleib. Er wurde schwer verletzt in das Distriktshaus eingeliefert.

+ Weienitz, 5. Aug. (Von einer Lowry zerdrückt.) Der sächsische Sohn des Steinbruchbesizers Alois Maier legte im Steinbruch seines Vaters eine Steinlowry in Bewegung. Der Waagen drückte den Knaben gegen ein andere Lowry so unglücklich, daß der Junge tödliche Verletzungen erlitt.

Vermischtes.

Donauerschiffen steht in Flammen!

Wie wir bereits durch ein Telegramm meldeten, steht die sächsische Donauflottille Donauerschiffen in Flammen. Da ein fürchterlicher Sturm wüthete und überall Wassermangel herrschte, griff das Feuer rapid um sich, jedoch bereits gestern Abend ein Drittel aller Gebäude in Asche gelegt war. Dem „N. N.“ zugegangene Telegramme belagen:

Der Brand, der in Donauerschiffen in der Nachmittagsstunde ausbrach, hat fürchterliche Verwüstungen angerichtet. Bis zum Abend sind 150 Häuser den Flammen zum Opfer gefallen. Das Feuer entzündete am Vielerortstube und wurde durch den Wind erst in nördlicher Richtung und dann in südlicher Richtung der Stadt zugezogen, jedoch der Brand eine ungeheure Ausdehnung nehmen konnte. Unter den Häusern, die ein Raub der Flammen wurden, befinden sich das Hofhaus, das Finanzamt und die Sparkasse. Auch das Gebäude des Donauerschiffen Lagerplatzes brannte nieder. Alle Feuerwehren sind eifrig tätig, um zu retten, was noch zu retten ist. Aber noch in der neunten Abendstunde brannte es weiter. Hunderte von Bewohnern der Stadt sind obdachlos. Menschenleben sind aber zum Glück nicht getötet. Ueber die Ursache hat sich bis jetzt nichts feststellen lassen. Besonders betroffen sind die Bierstraße, die Wühlstraße und die Karstraße. Die Geschädigten sind meistens Landwirte. Von Konstantin ist Militär zur Hilfeleistung nach Donauerschiffen abgegangen.

Nach der letzten telegraphischen Meldung ist die Feuerwehre des Brandes in Donauerschiffen gegen Abend soweit Herr geworden, daß eine weitere Ausdehnung des Feuers nicht mehr befürchtet wird. Das auf einer Anhöhe liegende Schloß des Fürsten Farnstein ist nicht gefährdet.

Eine Hundertjährige.

Ihren 100. Geburtstag feierte geistig und körperlich frisch die Witwe Paulsen in Rappeln. Die Greifin macht den Eindruck einer Siebzighjährigen; sie hat nie einen Arzt konsultiert und ist nicht krank gewesen.

Nationaler Stolz.

Von einem Freunde wird der „Tägliche Rundschau“ die folgende Rechnung zugesandt, die in diesen Tagen in einem Münchener Gasthof ausgestellt wurde.

Restaurant Regina-Palace
HORS D'OEUVRES

Viande froide	10,00
Salade laiteuse	2,25
VINS	
1-68	3,00
1 l bière	1,50
CAFÉ	
CIQVARES	
LIQUEURS	
M. 16,75	

TABEL No. 6.
— Kassa —
29. Jul. 1908.
Rest. Regina-Palace.

Daß man es wagt, in einer deutschen Stadt, für die Millionen eine nach einer weit verbreiteten Annahme doch wohl gilt, den Deutschen solche Witzge zu verabreichen, auf denen sich auch nicht ein einziges deutsches Wort befindet, verdient schon einige Aufmerksamkeit.

Das Vermögen einer Bettlerin. In Kuffig starb in anscheinend ärmlischen Verhältnissen eine fastbekannte Bettlerin namens Franziska Watausch im Alter von 65 Jahren. Sie hinterließ, wie nunmehr festgestellt wurde, ein Vermögen von mehr als einer Viertel Million Kronen.

Wegen 30 Flg. In Hamburg wurde ein 18jähriger junger Mensch, der Sproß einer bekannten Welsfamilie, wegen Zechprellerei verhaftet, als er sich in einem Restaurant, obwohl er gänzlich mittellos, ein Butterbrot für 30 Flg. hatte geben lassen. Der junge Herr war nach einem Zerwürf mit seiner Familie erst Kaufmannslehrling in Wünnigen, dann Steward auf einem Dampfer. In der letzten Zeit war er ohne Beschäftigung vollständig mittellos.

Der Franziskaner Fürst Karl zu Löwenstein hat im Franziskanerkloster in dem holländischen Grenzstädtchen Venlo sein Ordensgeliübde in einem feierlichen Akte abgelegt, dem eine glänzende Fürtelversammlung beizuhöhte. Es waren u. a. zugegen: Erzherzogin Maria Theresia von Oesterreich und Lothar Engelberger, Fürst zu Jünnburg-Büdingen, das Herzogspar von Bourbon-Batma, das Prinzengpaar Schwarzberg, vier Prinzen von Parma, Söhne des Herzogs Robert von Parma, zahlreiche weitere Fürstlichkeiten und die Familie des Fürsten Löwenstein. Nachdem der Fürst das Gelübde abgelegt hatte, fand die Gratulationsfeier im Kapittelhaus statt, an die sich ein Festmahl schloß; in einer Ansprache betonte der Fürst, daß er zwar äußerlich keine Familie verlor, aber innerlich immer bei ihr lebe. Dem Fürsten ist als Wohnraum eine einfache Mansarde angewiesen, die als einsigen Schmuck einen kleinen Altar mit dem Bilde der Mutter Gottes aufweist. Im Vorabend hatte der Fürst bereits die Vereidlichungszeremonie unterzeichnet, durch die der Erbprinz Alois zu Löwenstein Nachfolger in der fürstlichen Herrschaft wird.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: P. Wilhelm Georg; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Fritz Rang; für den Inzeratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hende. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 10 Seiten —

Osram-Lampe

Neu elektrische Glühlampe 70% Stromersparnis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080806028/fragment/page=0003

DFG

